

Niederschrift

Gremium			
Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales			05. Sitzung
Sitzungsort			Sitzungstag
Deutsches Rotes Kreuz (ehem. Franz-Dohrmann-Haus), Scharder Str. 41b, 51709 Marienheide			09.11.2022
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
		18:05 Uhr	20:40 Uhr

Anwesend sind:

Ratsmitglieder CDU

Dusdal, Elisabeth

CDU

Fuchs, Timo

CDU

Vertretung für Herrn
Harald Ammermann

Hillrichs, Birgit

CDU

Weber, Cornelia

CDU

Ratsmitglieder SPD

Kramer, Harald

SPD

Trifonidis, Gabriele

SPD

Ratsmitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Wilhelm, Wilfried

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder FDP

Körbel, Emmi

FDP

bis Ende TOP 10 ö.S.

Sachkundige Bürger CDU

Atas, Abdullah

CDU

Türkmen, Mehmet

CDU

Sachkundige Bürger SPD

Chaaban, Sami

SPD

Sachkundige Bürger Bündnis 90/Die Grünen

Meier, Jürgen

Bündnis 90/Die Grünen

Sachkundiger Bürger UWG

Schellberg, Wolfgang

UWG

beratende Mitglieder der Kirche

Fastenrath, Karola

ev. Kirche

beratende Mitglieder der Schulen

Beyer, Susanne, Schulleiterin GGS Müllenbach

Schöpf, Susanne, Schulleiterin Heier Grundschule

Krug, Wolfgang, Schulleiter Gesamtschule Marienheide

Straube, Christoph, stellv. Schulleiter Gesamtschule Marienheide

beratende Mitglieder der AWO

Jendreschik, Michael, Leitung AWO Jugendzentrum „Blue Planet“

Es fehlten entschuldigt:

Ratsmitglieder CDU

Ammermann, Harald

CDU

Es fehlten unentschuldigt:

beratende Mitglieder

Pater Rayappa, Joseph

kath. Kirche

Von der AWO:

Herr Werner Rosenthal (bis Ende TOP 2 öff. Sitzung)

Herr Bernd van Tilburg (bis Ende TOP 2 öff. Sitzung)

Frau Maren Berges (bis Ende TOP 10 öff. Sitzung)

Von der Verwaltung:

Herr Stefan Meisenberg

Herr Thomas Garn

Herr Norbert Tesch

Herr Oliver Busch

Frau Annette Molter (bis Ende TOP 3 öff. Sitzung)

Herr Tobias Menger (bis Ende TOP 3 öff. Sitzung)

Frau Heike Kopic (Schriftführerin)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	AWO Asylbewerber-Bildungs-Centrum (ABC); Information	Drucksache Nr.
----------	---	----------------

Werner Rosenthal von der AWO führt in den ersten Tagesordnungspunkt ein und gibt einen Einblick in die Arbeit des Asylbewerber-Bildungs-Centrums.

Er informiert darüber, dass das ABC vor sechs Jahren als Reaktion auf den starken Zuzug von Flüchtlingen und den dadurch entstandenen Bedarf an Sprachkursen gegründet wurde. Zu Beginn wurde der Bedarf durch ehrenamtliche Kräfte in Räumen der Caritas, im Borromäushaus und im Haus der Pfarrgemeinde gedeckt. Es wurde alles dezentral verwaltet.

Nach verschiedenen Gesprächen u.a. mit dem Bürgermeister entstand in einem ehem. Frisörsalon im Ortskern, eine Anlaufstelle für die Arbeit des ABC. Nach der Renovierung musste anschließend die Finanzierung geklärt werden. Die Bürgerstiftung stellte Geld für die ersten zwei Jahre zur Verfügung. Durch die steigende Nachfrage nach Sprachkursen entstand eine Kooperation mit dem Kirchenkreis an der Agger. Seitdem organisiert Frau Berges die Sprachkurse, die Räume und die Prüfungen.

Darüber hinaus wurden auch Kurse mit Kinderbetreuung angeboten. Durch die vermehrte Zuwanderung aus Osteuropa (Schwerpunkt Moldawien und Rumänien) erweiterte die AWO 2017 ihr Angebot. Zu den bestehenden Sprachkursen bot sie nun auch eine berufliche Beratung an. Aktuell entwickelt sich das ABC zu einem Bürgerzentrum (Repair Cafe, Chorproben, Integrationsfest bzw. Bürger- und Integrationsfest).

Es übernahm der AWO Kreisverband die Trägerschaft des ABC. Seitdem lautet der neue Name „AWO Bildungszentrum“.

Der Geschäftsführer, Herr van Tilburg, macht weitere Ausführungen zur Finanzierung des ABC und verweist auf eine Finanzierungslücke von jährlich 5000,- bis 6000,- €.

Herr Meisenberg erwähnt, dass die finanzielle Förderung durch die Bürgerstiftung zunächst auf 3 Jahre ausgerichtet war, jedoch durch Fördermittel bis Mitte 2022 verlängert werden konnte.

Frau Berges berichtet dem Ausschuss über die aktuellen und die geplanten Kurse. Sie hebt besonders hervor, dass aufgrund einer Änderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Kinderbetreuung nicht mehr gesichert sei. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hätte seine Finanzierung umgestellt.

Dadurch hätten sich die Bedingungen von einer einfachen Kinderbeaufsichtigung hin zu einer Betreuung mit Personen, welche über eine höherwertige Qualifizierung verfügen müssten, entwickelt. Die Personalgewinnung in diesem Berufszweig sei lt. Frau Berges sehr schwierig, da die meisten Erzieher*innen bereits eine Beschäftigung in den Kindertageseinrichtungen hätten. Herr Meisenberg ergänzt, dass es in diesem Berufszweig einen erheblichen Fachkräftemangel gäbe. Ihm sei ein Kindergarten bekannt, der nur noch in der Lage sei, alle 2 Wochen die Kinder abwechselnd zu betreuen. Die Fachkräfte die man benötigt, seien auf dem Markt nicht zu bekommen. Frau Berges bemängelt, dass dauerhafte Verträge aufgrund der Abhängigkeit von der immer wieder befristeten Bamf-Förderung nicht angeboten werden könnten.

Herr van Tilburg erläutert abschließend die Entstehung der Finanzierungslücke. Er berichtet über die Spenden, die getätigt wurden, um das ABC weiter führen zu können.

2	Case-Management in Marienheide; Information	Drucksache Nr.
----------	--	----------------

Herr Menger stellt sich und das Case Management in Marienheide dem Ausschuss vor. Das Case Management sei eingebettet in ein Programm des Landes NRW – des Kommunalen Integrationsmanagements - und startete am 01.07.2022. Das Programm hätte das Ziel, Menschen mit Einwanderungsgeschichte, neu Zugewanderten und Menschen, die in Zukunft nach NRW kommen, ein Beratungsangebot zu bieten, um eine möglichst reibungslose Integration in Deutschland zu ermöglichen. Herr Menger betont, dass es keine bestimmte Zielgruppe oder Altersbegrenzung gäbe. Darüber hinaus existiere auch keine Begrenzung, wie lange sich jemand in Deutschland aufhalten würde oder wie sein aktueller Aufenthaltsstatus sei. Jede*r Bürger*in in Marienheide mit Integrationshintergrund könne das Beratungsangebot des Case Managers in Anspruch nehmen. Die Hauptaufgabe eines Case Managers hätte zwei Schwerpunkte: Die Netzwerkarbeit und die Beratung, im Rathaus oder auch bei Hausbesuchen. Der Aufbau eines Netzwerkes sei Herrn Menger besonders wichtig, um im Einzelfall auch eine Verweisberatung empfehlen zu können.

In naher Zukunft werden Flyer vom KI und der Arbeit des Case Managers zur Verfügung stehen. Im Frühjahr 2023 wird ein Rechenschaftsbericht erfolgen.

3	Seniorenarbeit und Pflegeberatung in Marienheide; Information	Drucksache Nr.
----------	--	----------------

Frau Molter stellt sich und Ihre Arbeit in der Seniorenarbeit und Pflegeberatung in Marienheide vor. Die Kommunale Senioren- und Pflegeberatung solle eine flächendeckende und trägerunabhängige Beratung für die Senioren, für die Pflegebedürftigen und für deren Angehörige sein. Wichtigstes Ziel sei es eine optimale individuelle Versorgung von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen zu

erreichen. Dabei solle eine möglichst lange und selbstständige Lebensführung, also ein langer Verbleib in den eigenen vier Wänden angestrebt werden. Frau Molter beschreibt ihre Arbeit mit folgenden Schwerpunkten: Beratung und die Pflichtberatung seit 2010. Sie berichtet, dass alle Beratungen in einem speziellen System des Oberbergischen Kreises dokumentiert werden müssen. (2012 – 73 Beratungen, 2014 – 115 Beratungen, 2016 – 153 Beratungen, 2018 – 330 Beratungen, 2020 – 331 Beratungen, 2021 – 309 Beratungen)

Als weiterer Punkt sei ihr die Netzwerkarbeit sehr wichtig. Frau Molter informiert darüber, dass im Jahr 2010 der Arbeitskreis „Senioren Marienheide“ gegründet worden sei. Dieser Arbeitskreis trifft sich 3- bis 4-mal im Jahr. Teilnehmer seien Interessierte oder Mitarbeiter, die in der Seniorenarbeit tätig sind. Es fände ein allgemeiner Austausch statt oder es würden verschiedene Veranstaltungen durchgeführt wie z.B. „Wir tanzen wieder“, ein Kurs für pflegende Angehörige oder Informationsveranstaltungen.

Für das Jahr 2023 hat Frau Molter schon neue Infoveranstaltungen geplant u.a. zum Thema „ausländische Haushalts- oder Betreuungskräfte im Privathaushalt“ und ein Schulungskurs zum Thema „Demenz“.

Frau Molter berichtet über die Versorgungslage pflegebedürftiger Menschen in Marienheide, über die Tagespflege und die Demenzwohngemeinschaften.

Sie schließt ihren Bericht mit der Information, dass im Februar 2023 eine neue stationäre Seniorenresidenz in Marienheide eröffnet werden soll.

4	Kostenentwicklung Offene Ganztagsgrundschule (OGS); Sachstandsbericht	Drucksache Nr. IV/093/22
----------	--	------------------------------------

Herr Garn erläutert die Vorlage. Er weist darauf hin, dass die Elternbeiträge in den vergangenen Jahren konstant gehalten werden konnten. Er informiert über die zum Schuljahr 2022/23 neu eingerichtete 4. OGS-Gruppe in der Heier Grundschule, und stellt die Kostensituation der OGS für das vergangene Schuljahr 2021/22 sowie die Prognose für das laufende Schuljahr 2022/23 dar. Es gibt keine Fragen von Seiten des Ausschusses.

5	Digitalisierung Schulen; Verwendung digitale Infrastruktur	Drucksache Nr. IV/094/22
----------	---	------------------------------------

Herr Garn stellt die umfangreiche Sitzungsvorlage vor. Er fasst kurz zusammen, welche Digitalisierungsmaßnahmen in den Schulen insbesondere mit Mitteln des Digitalpakts Schule NRW erfolgt seien und verweist auf die der Vorlage zu entnehmende Übersicht des in den Schulen vorhandenen technischen Equipments. Er weist darauf hin, dass die für Marienheide im Rahmen des Digitalpakts zur Verfügung gestellten Mittel abgerufen und die Maßnahmen umgesetzt wurden. Da die an den Schulen vorhandene technische Ausstattung eine zeitlich begrenzte Lebensdauer aufweise und künftig Ersatzinvestitionen erforderlich werden, hoffe man auf einen Digitalpakt 2.0 oder auf eine über Pauschalen finanzierte finanzielle

Unterstützung des Landes NRW. Neben einer Förderung zur Finanzierung der (Ersatz-)Investitionen müsse, so Herr Garn weiter, auch die zunehmend umfangreicher werdende Administration der technischen Ausstattung finanziell auskömmlich seitens des Landes unterstützt werden.

Anschließend berichtet Frau Schöpf ausführlich und anschaulich mit Hilfe einiger Fotos über den Einsatz der digitalen Technik und der digitalen Medien in der Heier Grundschule.

Frau Beyer informiert über den Medieneinsatz an der GGS Müllenbach, wobei - ähnlich wie an der Heier Grundschule - vielfach noch die grünen Tafeln in den Unterricht eingebunden werden. Die interaktiven Tafeln werden ergänzend dazu genutzt, um Informationen aus dem Internet abzurufen oder Lernvideos anzuschauen. Die Kinder lernen das Internet als Nutzmedium kennen.

Herr Garn ergänzt, dass Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Einsatz der sog. neuen Medien ein an allen Schulen bereits vorhandenes flächendeckendes WLAN sei, verbunden mit den an allen Schulen ebenfalls bereits vorhandenen Glasfaseranschlüssen.

Herr Straube merkt noch an, dass die Digitalisierung auch ihre Grenzen habe. Es mache in manchen Situationen noch Sinn, auf Papier zu schreiben, um nicht das Schreiben zu verlernen. Auch die Nutzung des Atlases werde weiterhin in Papierform gewünscht.

6	Digitalisierung Schulen; Fortschreibung Medienentwicklungsplan	Drucksache Nr. BV/095/22
----------	---	------------------------------------

Anhand der als Beschlussvorlage titulierten Sitzungsvorlage geht Herr Garn auf die Thematik ein. Vorgesehen war, in der heutigen Sitzung die Fortschreibung des Medienentwicklungsplans zu beschließen, dies sei aufgrund einer seitens der Gesamtschule Marienheide verzögerten Zuleitung des hierfür erforderlichen Medienkonzepts jedoch nicht möglich.

Hintergrund der Fortschreibung des Medienentwicklungsplans (MEP) sei, dass die Gesamtschule Marienheide sukzessiv eine flächendeckende Ausstattung ihrer Schüler mit iPads anstrebe, beginnend im laufenden Schuljahr 2022/23. Entsprechende Beträge seien im Zuge des Aufstellungsverfahrens für den Haushalt 2023 verwaltungsseitig bereits in den Haushalt eingestellt worden. Die Fortschreibung des MEP setze zunächst eine entsprechende Aktualisierung des Medienkonzepts der Gesamtschule Marienheide voraus. Das Medienkonzept sei die pädagogische Grundlage, der MEP bilde anschließend ab, welche Geräte wann mit welchen Beträgen beschafft werden sollen. Da sich die Übermittlung des Medienkonzeptes an die Verwaltung verzögert habe, werde die Thematik auf die erste Sitzung des ABSS im Jahr 2023 vertagt.

7	Aktionsprogramm "Ankommen und Aufholen"; Umsetzung der Maßnahme "Extra Geld" (Sachstand)	Drucksache Nr. IV/096/22
----------	---	------------------------------------

Herr Garn informiert anhand der Vorlage über das laufende Aktionsprogramm, welches noch bis zum Ende des Jahres laufe. Informationen über die Verwendung des Geldes können aus der Vorlage entnommen werden.

Schulministerin Feller habe bereits darüber informiert, dass die Landesregierung beabsichtige, dieses Aktionsprogramm über den 31.12.2022 hinaus mit Landesmitteln in Höhe von ca. 100 Mio. Euro bis zum Ende des Schuljahres 2022/23 fortzuführen.

8	Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich ab Schuljahr 2026/27; Information Ganztagsstrategie	Drucksache Nr. IV/097/22
----------	--	------------------------------------

Wie auch in den vergangenen Sitzungen informiert Herr Garn unter Verweis auf die Sitzungsvorlage über den aufwachsenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich, der im Schuljahr 2026/27 in Kraft treten wird. Er berichtet über die Ergebnisse der bislang stattgefundenen Projektgruppentreffen zur Entwicklung einer Ganztagsstrategie. Das letzte Projektgruppentreffen fand am 02.11.2022 in der Heier Grundschule statt. Dort wurde auch eine Begehung der Schule durchgeführt. Im Vorfeld des Projektgruppentreffens führte die Heier Grundschule am 31.10.2022 eine Ganztagskonferenz mit dem Thema „Fortschreibung der Ganztagsstrategie“ durch, um künftig dem Rechtsanspruch gerecht werden zu können.

Herr Garn erläutert, dass eine multifunktionale Raumnutzung mit multifunktionaler Ausstattung angestrebt werde, da die Örtlichkeiten der Grundschulen keine weiteren Anbauten zuließen. Er berichtet, dass in der Ganztagskonferenz diverse Thematiken erörtert wurden, zum Beispiel wie künftig in multiprofessionellen Teams gearbeitet werden könne. Es wurde darüber diskutiert, ob der klassische Schulunterricht mit Betreuungszeiten verschmelzen könnte, um künftig nicht mehr von „wir haben eine OGS“, sondern von „wir sind eine OGS“ zu sprechen. Es wurden Ideen besprochen, wie ein Ganztagsaussehen könne. Der Unterrichtsbeginn könnte beispielsweise zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, es könnten externe Freizeitangebote in den Unterrichtstag mit eingebunden werden. Eine weitere Überlegung der Heier Grundschule sei, so Herr Garn weiter, die bislang praktizierte räumliche Trennung der einzelnen Jahrgänge auf verschiedene Gebäudeteile aufzugeben, und künftig eine Aufteilung nach den Buchstaben a, b, c, d der Jahrgänge 1 bis 4 in Form zusammenhängender Cluster vorzunehmen, z.B. Klassen 1a bis 4a in einem Cluster. Ein Cluster könnte bis zu 6 Räume beinhalten, mit Fachräumen als Themenräume und Klassenräumen, die multifunktional genutzt werden. Zu überlegen sei des Weiteren eine veränderte Nutzung von Fluren mit Lern- bzw. Medienecken.

Ein weiterer Punkt wäre, die 8 bis 13 Betreuung in die OGS Betreuung mit einfließen zu lassen. Um künftig variable Betreuungszeiten zu ermöglichen, wäre landesweit eine weitere Flexibilisierung der OGS Betreuungszeiten durch Fortschreibung des entsprechenden Runderlasses vorzunehmen.

Ein weiteres wichtiges Thema, so Herr Garn, sei das Angebot des Mittagessens. Zurzeit werde dieses noch in den Räumen der OGS eingenommen. Eine Handlungsoption wäre die Einrichtung einer Mensa im Forum oder in den angrenzenden Räumen des Forums. Hierbei wäre eine Option, die dortig vorhandene Lehrküche für die Essensausgabe zu nutzen.

Das nächste Projektgruppentreffen sei für Ende November in der GGS Müllenbach terminiert. Diesbezüglich müsse sich auch die GGS Müllenbach, so Herr Garn weiter, Gedanken zu einem neuen Ganztagskonzept machen, um künftig dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung gerecht werden zu können. Eine Begehung der GGS Müllenbach stehe beim nächsten Projektgruppentreffen mit auf der Agenda.

Frau Schöpf ergänzt die Ausführungen von Herrn Garn dahingehend, indem sie den Schul- bzw. OGS-Alltag der Kinder beschreibt. Sie berichtet u.a. von einer gemeinsamen Nutzung von Räumlichkeiten durch Lehrkräfte und OGS.

Die Nachfrage von Herrn Fuchs, ob es ausreichen würde, lediglich eine der beiden Grundschulen „ganztagsfest“ zu machen, wird seitens Herrn Garn wegen des Anspruchs jedes Kindes auf Aufnahme in die seiner Wohnung nächstgelegene Grundschule der gewünschten Schulart in seiner Gemeinde im Rahmen der vom Schulträger festgelegten Aufnahmekapazität verneinend beantwortet.

Herr Meisenberg betont den Konsens, den man gemeinsam gefunden habe, dass eher im Organisatorischen umgestaltet werden müsse, anhand von zwei Gründen: An den vorhandenen Standorten sei zusätzlicher Raum architektonisch nicht umsetzbar. Er sei auch der Meinung, dass für die Schüler*innen morgens Schulraum zur Verfügung gestellt werde, der nachmittags leer stehe, und andersherum den OGS-Kindern am Nachmittag diverse Räume zur Verfügung stünden, die vormittags ungenutzt wären. Bauliche Erweiterungen würden den gemeindlichen Haushalt kostenmäßig ohnehin wesentlich mehr belasten als eine neue Einrichtung für eine multifunktionale Nutzung der Räume. Ferner mahnt er zur Eile, die Ganztagsstrategie müsse bis spätestens in einem Jahr stehen, um noch genügend Zeit zu haben, diese umsetzen zu können. Neben der weiteren Digitalisierung werde die Ganztagsbetreuung der größte Investitionsbereich im Schulbereich sein.

9	Anlassbezogene Schulentwicklungsplanung 2021/22 bis 2026/27 der Stadt Wiehl; Mögliche Auswirkungen auf Nachbarkommunen	Drucksache Nr. IV/098/22
---	---	------------------------------------

Herr Garn geht auf die umfangreiche Sitzungsvorlage ein, und erläutert die möglichen Auswirkungen auf die Nachbarkommunen aufgrund des Bestrebens der Stadt Wiehl, die TOB Sekundarschule zum nächsten Schuljahr in eine vierzügige Gesamtschule umzuwandeln. Die künftige Gesamtschule soll, wie bei der

Gesamtschule Marienheide der Fall, eine Schule des Gemeinsamen Lernens werden. Wegen der zu befürchtenden negativen Auswirkungen auf die umliegende Schullandschaft im Falle der Gründung einer Gesamtschule in Wiehl, haben die benachbarten Kommunen sich gegen die Umwandlung der Sekundarschule in eine Gesamtschule ausgesprochen, auch die Gemeinde Marienheide. Dies nicht zuletzt aus der Tatsache heraus, dass der Gemeinde Marienheide seitens der Bezirksregierung Köln in der Vergangenheit stets eine mögliche Reduzierung der Zügigkeit der Gesamtschule Marienheide von 5/3 auf 4/2 wegen der Abdeckung von Teilbedürfnissen von Kommunen in deren Einzugsbereich untersagt wurde. Da, so Herr Garn weiter, die Absicht der Stadt Wiehl auf Umwandlung der Sekundarschule in eine Gesamtschule das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme bei der Schulentwicklungsplanung verletze, und um den „Schulfrieden“ innerhalb des Oberbergischen Kreises zu wahren, könne aus Sicht der Verwaltung der Antrag durch die Bezirksregierung Köln als hierüber zu entscheidende obere Schulaufsichtsbehörde nur abgelehnt werden. Es bleibe abzuwarten, welche Entscheidung die Bezirksregierung Köln treffen werde.

Herr Meisenberg ergänzt, dass die größten Auswirkungen bei der Sekundarschule in Engelskirchen bestünden, die dadurch in Ihrer Existenz gefährdet wäre. Zu bemerken sei, dass das gleiche Beratungsbüro, welches die Schulentwicklungsplanung für die Stadt Wiehl erstellt habe, auch die Gemeinde Engelskirchen diesbezüglich berate. Gut wäre es, wenn beide Kommunen sich zur Beratung zusammensetzen würden, um Lösungen zu finden. Der kausale Zusammenhang dieser Problematik, so Herr Meisenberg weiter, liege darin, dass die Schüler*innen, die von Engelskirchen dann nach Wiehl „auswandern“ könnten, eigentlich Schüler*innen der Gesamtschule Marienheide wären. Er sehe als einzige Lösung, dass die Bezirksregierung den Antrag der Stadt Wiehl aufgrund der Problematiken ablehnen müsse und gehe davon aus, dass dies alsbald erfolgen werde. Herr Garn ergänzt, dass eine diesbezügliche Entscheidung kurzfristig ergehen müsse, da im Falle einer nichtablehnenden Entscheidung ein vorgezogenes Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2023/24 bereits im kommenden Januar durchzuführen wäre.

10	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
-----------	---------------------------------------	----------------

- Der Ausschuss wird von Herrn Garn über folgende Schülerzahlen informiert:

Schülerzahlen Grundschulen und Gesamtschule Schuljahr 2022/23
(amtl. Schulstatistik, Stand 15.10.2022)

Grundschule	Heier Grundschule	331
	Grundschule Müllenbach	<u>202</u>
	Gesamt	533
Gesamtschule	SEK I	821
	SEK II	<u>279</u>
	Gesamt	1.100

GL-Schüler/innen (in o.g. Schülerzahlen enthalten)

Grundschule	Heier Grundschule	17
	Grundschule Müllenbach	3
	<u>Gesamt</u>	<u>20</u>
Gesamtschule	SEK I	77
	SEK II	4
	<u>Gesamt</u>	<u>81</u>

Flüchtlinge (in o.g. Schülerzahlen enthalten)

Heier Grundschule	43	(davon 22 aus Ukraine)
GGS Müllenbach	8	(davon 8 aus Ukraine)
Gesamtschule	40 SEK I	(davon 40 aus Ukraine)
	6 SEK II	(davon 6 aus Ukraine)

OGS Stichtag 15.10.2022

OGS Marienheide:	Heier Grundschule	104
	(davon GL-Schüler/innen: 9, davon Flüchtlingskinder: 11)	
OGS Müllenbach:	Grundschule Müllenbach	84
	(davon GL-Schüler/innen: 0, davon Flüchtlingskinder: 0)	
	<u>Gesamt</u>	<u>188</u>

Betreuungsmaßnahme „8-13“

Heier Grundschule	31
Grundschule Müllenbach	17

Anmeldungen Grundschulen Schuljahr 2023/2024:

Schulpflichtige	174
Heier Grundschule	92
Grundschule Müllenbach	34
Zurückgestellte Kinder (Einschulung 23/24)	+ 5
Rückstellung (Einschulung 24/25)	- 2
Schon eingeschult 22/23	- 2
Vorzeitig schon schulfähig (Einschulung 23/24)	+ 1
Anmeldung von Außerhalb (Gummersbach)	+ 1
außerhalb angemeldet	-44 (19 Peisel, 24 Hülsenbusch, 1 Wipperfürth)
„no shows“ (Verbleib noch zu klären)	- 7

Vorbehaltlich der derzeit vorliegenden 126 Anmeldungen an Marienheider Grundschulen ergibt sich eine Klassenrichtzahl von 5,47. Demnach könnten zum Schuljahr 2023/2024 sechs Eingangsklassen gebildet werden, deren Verteilung folgendermaßen vorgenommen werden könnte:

Heier Grundschule	4 Klassen
GGs Müllenbach	2 Klassen

Seitens der Schulen wird der Ausschuss in diesem Zusammenhang darüber informiert, in welcher Form die aus der Ukraine geflohenen Schüler*innen in den Schulen beschult werden.

- **Bündelungsgymnasium**

Herr Garn erklärt, dass infolge der Bildungsumstellung von G8 auf G9 bei den Gymnasien zur Folge habe, dass es im nächsten Schuljahr dort keine EF (Klasse 11) geben werde. Die Schüler*innen werden nach dem 9. Schuljahr ein zusätzliches Schuljahr in Klasse 10 der Sekundarstufe I absolvieren und nicht in die EF wechseln. Gleichwohl werde es aber aufgrund von Schüler*innen anderer Schulformen wie der Realschule, die in die gymnasiale Oberstufe eintreten, sowie von Wiederholer*innen der EF des letzten G8-Jahrgangs, einen Bedarf an gymnasialen Schulplätzen geben. Aufgrund dessen wurden sogenannte Bündelungsgymnasien eingerichtet. Im Oberbergischen Kreis sind dies das Dietrich-Bonhoeffer Gymnasium in Wiehl, das Städt. Lindengymnasium in Gummersbach, das Theodor-Heuss-Gymnasium in Radevormwald und das Freie Christliche Gymnasium in Gummersbach.

Welche Auswirkungen sich hieraus konkret auf die Stärke der EF im Schuljahr 2023/24 der Gesamtschule Marienheide ergeben, bleibe - so ergänzend Herr Krug - abzuwarten.

- **Bundesfreiwilligendienst**

Herr Garn informiert darüber, dass die genehmigten Einsatzplätze für den Bundesfreiwilligendienst in den Schulen weitestgehend nachbesetzt werden konnten. In der Gesamtschule Marienheide gebe es aktuell drei Bundesfreiwilligendienstleistende, in der GGS Müllenbach eine und in der Heier Grundschule ebenfalls eine Bundesfreiwilligendienstleistende. Aufgrund bestehender Bedarfe in der Heier Grundschule wurde auf entsprechenden Antrag hin ein zusätzlicher, somit zweiter Einsatzplatz genehmigt. Für diesen werde im Moment noch ein(e) Bundesfreiwilligendienstleistende(r) gesucht.

- **CO₂-Messgeräte**

Herr Garn berichtet, dass Land NRW habe der Gemeinde ca. 34.000 EUR zur Verfügung gestellt, um CO₂-Messgeräte für Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung erwerben zu können. Aus diesen Mitteln wurden 204 solcher CO₂-Messgeräte beschafft, die auch bereits an die Schulen und die Kindertagesstätten in Marienheide verteilt worden seien.

- **Flüchtlinge und Migration**

Herr Busch informiert kurz darüber, dass es derzeit mit rund 410 Personen mit Fluchtbezug aktuell in Marienheide doppelt so viele Personen aus diesem Kreis gibt, als in den Jahren 2015/2016. Hiervon seien etwa $\frac{3}{4}$ Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Bei der Unterbringung dieser Flüchtlinge versuche man „auf Sicht zu fahren“ und „vor der Welle zu bleiben“. Er appellierte an die Anwesenden, Wohnraum zur Verfügung zu stellen und freiwerdenden Wohnraum im Rathaus zu melden. Für weitere Informationen steht Herr Busch zur Verfügung.

- **Wohngeldreform/Bürgergeld**

Herr Tesch berichtet von der anstehenden Wohngeldreform zum 01.01.2023. Von derzeit 640.000 Fälle im Bereich Wohngeld (Bundesweit) wird die Zahl auf 2 Millionen ansteigen. Das bedeutet, dass die Leistungen innerhalb der Kommunen (bei der Gemeinde Marienheide sind das aktuell 300 bis 400 Anträge) um das 3fache ansteigen wird. Wie viele Fälle das innerhalb der Gemeinde Marienheide werden, kann derzeit nicht genau vorausgesagt werden. Die Fallzahlen und die Höhe der Kosten die durch die Wohngeldreform entstehen, kann aktuell nicht beziffert werden.

Laut Regierung wird es zu Verschiebungen im Bereich Wohngeld kommen.

Aus dem Bezug des Wohngeldes werden, wenn das Bürgergeld in Kraft tritt, nur wenige Fälle herausfallen. Die Bürger, die das Wohngeld beziehen, haben darüber hinaus ein Anrecht auf Bildungs- und Teilhabe Leistungen. Daher wird diese Zahl ebenfalls stark ansteigen.

Herr Tesch informiert weiter über das Bürgergeld und die veränderten Regelsätze, sowie den Anpassungen zu den Heizkosten. Er macht weitere Ausführungen zu den Themen Freibetragsgrenzen und Erhaltung des Besitzes (Auto) sowie dem Schonvermögen. Herr Tesch erwähnt, dass im Bereich der Heizkosten bei einem **angemessenen Verbrauch** die Kosten in voller Höhe vom Sozialamt übernommen werden.

Herr Meisenberg weist darauf hin, dass am 15.11.2022 eine HVB Konferenz der Ministerin Frau Scharrenbach zum Thema „Wohngeld und Bürgergeld“ stattfindet. Wegen der steigenden Arbeitsbelastung werden bei der Gemeinde Marienheide interne Umsetzungen vorgenommen.

- RM Wilhelm fragt an, ob bei der nächsten Sitzung des ABSS der Punkt „Sozialer Wohnungsbau“ auf die Tagesordnung genommen werden könne.

Lt. Herr Meisenberg werde verwaltungsintern geklärt, ob diese eine Thematik für den ABSS oder den Bau- und Planungsausschuss sei.

- Herr Krug informiert über den Termin des Schulfestes der Gesamtschule Marienheide am Samstag, 19.11.2022.

Vorsitzender:

gez. Harald Kramer

Schriftführerin:

gez. Heike Kopic

Gesehen:

gez. Stefan Meisenberg
Bürgermeister